

Danziger



Zeitung.

Nr. 19408.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Die Comeniusfeier und das Volksschulgesetz.

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben:
Es ist ein merkwürdiges Zeichen der Zeit, daß in demselben Jahre, in welchem es zu großartigen Kundgebungen für Amos Comenius kommt, ein preussischer Minister ein Schulgesetzentwurf einbringt, welcher den Forderungen dieses großen Pädagogen geradezu Hohn spricht. Das also sind die Früchte Jahrhunderte langer Culturarbeit, daß sich das preussische Volk schämend eingestehen muß, einen Minister zu haben, der noch nicht auf dem Standpunkt angelangt ist, den hervorragende Geister schon vor mehr als 200 Jahren vertrat, und daß es Parteien im Lande giebt, die ebenso mittelalterlich denken und die Jugend unter das Joch eines dem jesuitischen ähnlichen Erziehungsprinzips zu bringen suchen, das da lautet: Alle Erziehung ist zunächst für die Kirche, für das Dogma, für die Confession!

Namentlich den Bestrebungen des Amos Comenius gegenüber springt es klar und deutlich in die Augen, daß die Pädagogik in den Schürstiefeln der Kirche keinen Schritt vorwärts gekommen ist. Auch die Kloster- und Cathedral- schulen des Mittelalters haben wenig zu einer gesunden Entwicklung der Volkserziehung beigetragen, sondern nur einseitige Unterrichtssysteme herausgebildet. Die Kirche stagnirt mit ihrem Dogmen- und Formelwesen. Darum muß naturgemäß die Erziehung stagniren, sobald die Schule zu einem Anhängel der Kirche wird. Die Kirche richtete von jeher ihr Augenmerk auf die Jugend, um durch deren confessionelle Erziehung eine unerschütterliche Hierarchie zu gründen. Zu Comenius' Zeiten waren es die eben aufgeblühten Jesuitenschulen, welche dies Princip verfolgten. In der ratio studiorum heißt es von diesen Schulen: „Ihr ganzes Bestreben ging dahin, die Jünglinge der einen Kirche treu zu machen und solches tendirten sie im Größten wie im Kleinsten.“ Aus diesem Princip folgt der knechtliche Gehorsam (die Jesuiten nennen ihn „Demuth des Geistes“), folgt die Vernichtung alles freien Willens, die Herabwürdigung des Menschen zur Maschine, die Zerstörung aller Individualität des Einzelnen sowohl als des ganzen Volkes. Uniformirung der Massen, um Papsi und Kirche zu stützen und der Geistesfreiheit ihre Herrschaft zu sichern; das ist das Ziel, welches diese Erziehung erstrebt. Sie ist nichts als eine Dressur zu der irdisch gewordenen Form der Kirche, vernichtet das göttlich Gebodene, die Freiheit des Menschen, und macht alle didactischen Unterrichtsmittel zu Abrichtungskünsten. Und dieses Princip, das schon an Comenius einen Gegner fand, soll in demselben Jahre, in welchem Europa den 300. Geburtstag dieses Mannes feiert, zum ersten Princip für die preussische Volksschule gemacht werden!

Comenius wollte alle Kinder in einer Schule vereinigen, ohne Unterschied des Standes und der Confessionen. Er stellte für die Erziehung das rein christliche Princip ohne alle menschlichen Beimischungen auf, das in der Brust jedes vernünftigen und edel Denkenden freudigen Wiederhall findet, weil das wahre und echte Christenthum nicht das Menschliche unterdrückt wie die Confession, sondern veredelt und emporhebt. Jenes Princip der Orthodoxen ist aus der Einbildung eigener Unfehlbarkeit entsprungen, und folgerichtig wird darum die Erziehungsweise, die nicht denselben Zweck verfolgt, als irreligiös, sittenverderblich und Quell der Revolution geschädelt. Comenius wurde dies von den Jesuiten entgegengeschleudert, heute

stehen demjenigen Theile des Volkes, der sich nicht unter den Krummstab beugen will, Minister und Volkswortreter entgegen. Damals nahm Comenius mit einer Schaar von Gelehrten den Kampf gegen die Finsternisse auf, und die Culturgeschichte hat den Richterpruch gefällt. Die 300jährige Geburtstagsfeier des Comenius reicht ihm die Palme für seinen Kampf um eine freie, unabhängige, christliche Schule und die Geistesbewegung, welche durch ihn gegen die Jesuitenschulen angebahnt wurde. Heute wird eine ähnliche, nur tiefer greifende Bewegung „Mache“ genannt. Man hat in gewissen Kreisen wirklich ganz vergessen, daß es eine Culturgeschichte giebt und die Culturgeschichte richtet.

Obwohl zu Comenius' Zeiten der religiöse Cultus fester denn je ausgeprägt war, fand er mit seiner befreienden Idee einer allgemeinen Volksschule, welche die Dogmen unberücksichtigt läßt und nicht zu einem Bekenntniß, sondern zu wahrer Religiosität erzieht, mächtige Freunde und Unterstützung bei bedeutenden Staatsmännern. Das englische Parlament sprach sich 1642 für sein Erziehungssystem aus und suchte England damit zu beglücken. Und heute nach genau 250 Jahren forbert in einem der bedeutendsten Parlamente, auf welches die Augen der ganzen Welt gerichtet sind, eine Mehrheit das Gegentheil von dem, was jene englischen Parlamentarier als nötig und heilsam für ihr Vaterland erkannten. Das ist wirklich besämannend für unsere Zeit!

Zwar die Selbstherrlichkeit der Kirche und ihr Machtgelüst ist zu tief begründet. Aber schlimm, sehr schlimm ist es, wenn ihre Bestrebungen nach unbeschränkter Macht durch den Staat begünstigt werden. Das ist es, was den Staat aufs tiefste schädigt. Italien, Spanien und auch Frankreich sind deß Zeugniss. Die Minister könnten aus der Geschichte lernen, was es für Unheil anrichtet, wenn man die Kinder zur Confession erzieht. Comenius erkannte, daß das Princip: Erziehung zur Kirche, also zu irgend einer menschlich gewordenen und oft menschlich verfehlten Form des religiösen Gemeinshaftlebens, ein dem göttlichen Willen entgegengefehtes ist, weil es dem Menschen die Freiheit in Dingen seiner Seele und seines Gewissens raubt. Der Mensch ist nicht um der Kirche, sondern die Kirche um des Menschen willen da.

Auf diejenigen, welche dies von Comenius nicht lernen mögen, läßt sich ein Wort A. v. Raumers anwenden: „Nest man keine Fuchs, so erfährt es unbegreiflich, wie sich alle Thiere vom schlauen Herrn von Malepartus wieder und immer wieder durch listige, süße Reden beschwähnen lassen, während sie doch seine unzähligen Ränke, boshaften Thaten und die inhärende Tücke seines Herzens genau kennen.“ Derselbe A. v. Raumer nennt confessionelle Schulen unheimliche, treulose Erziehungsanstalten mit finsternen, lieblosen, seelenverkäuflichen Zwecken.

Die Anhänger des Schulgesetzes sollten in der Comeniusfeier den Pulsschlag der Zeit belauschen und sich in Comenius einen Spiegel vorhalten. Möchte ferner die Comeniusfeier das Volk noch mehr aufrütteln als dies schon geschah ist, damit die Wogen der Bewegung gegen das Schulgesetz immer höher schlagen. Wir sind es auch unseren großen Töbten schuldig, für ihre Ideen einzutreten, um so mehr, wenn dieselben den Kern der Wahrheit bergen!

Deutschland.

Berlin, 11. März. Ueber die diplomatische Vertretung Deutschlands im Orient veröffentlicht die „Times“ in diesen Tagen einen Artikel

richtet denn über dies erhabene Anstandsgefühl? Die Gaffer auf der Straße? Oder der Krämer an der Ecke? Wenn nicht am Ende gar die Obstfrau gegenüber? Das sind doch wohl die einzigen Wesen, denke ich, die sich für Ihr Thun und Treiben interessieren. Ach so, nein, da ist ja auch noch der Herr Rath Werner und seine alte zänkische Frau!

„Das sind allerdings meine besten Rathgeber und meine einzigen Freunde.“

„Und ich, schöne Lilli, bin ich etwa nicht Ihr Freund? Sie sind wirklich etwas undankbar, Fräulein! Oder gehört die Undankbarkeit vielleicht mit zu den schönen Anstandsregeln?“

Er schielte mit spöttischem Lächeln zu ihr hin, und bei seinem hinkenden Gange geschah es, daß sein Ellenbogen wenige Secunden lang Lillis Arm streifte.

„Nun sagen Sie also, warum fliehen Sie mich? Ist das noch immer unversöhnlicher Groll von irgend einem Anabenstreich her? Wirklich, das lohnt doch nicht der Mühe!“

Sie haßte ihn, sie verachtete ihn, sie beschuldigte ihn im Innern der böse Geist Arthurs gewesen zu sein, aber sie wagte es nicht, ihm zu sagen, in wie hohem Grade sie ihn verabscheute. Er fuhr fort: „Das erhabene Anstandsgefühl — sehen Sie, Fräulein Damm, es giebt Stellungen, Verhältnisse im Leben, die uns davon frei machen, uns ganz bequem davon entbinden. Anstandsgefühl! das sind Abergroheiten, die für die vornehme Welt vielleicht passen mögen. Wenn man nicht zu dieser gehört, oder doch durch bestimmte Gründe von ihr ausgeschloffen ist, so muß man sich ruhig davon losagen und nur dem Zuge des Herzens und der Stimme des Gewissens folgen. Ich mache es zum Beispiel so! Und Sie sehen, daß ich ganz gut reden kann, wenn ich mir nur Mühe gebe.“

Er warf sich in die Brust mit komischer Würde und brach dann in schallendes Gelächter aus: „Nun, wie denken Sie darüber, mein liebes Fräulein Lilli?“

„Das einfache Anstandsgefühl!“

„Ha, ha, also das Anstandsgefühl! Und wer

ihres Wiener Correspondenten, in dem Alage darüber geführt wird, daß die deutschen Vertreter im Orient seit dem Rücktritt Bismarcks nicht mehr rechtzeitig ihre Instruktionen erhielten, und dadurch ein Zusammengehen mit den befreundeten Mächten vielfach erschwert werde. Es sei dies um so auffälliger, als sich die deutsche Politik im Orient neuerdings nicht mehr so zurückhaltend zeige, wie früher, sie vielmehr ihren Einfluß auch in Fragen geltend mache, von denen Fürst Bismarck sie wahrscheinlich fern gehalten haben würde. Die „Nordd. Allg. Zig.“ weist diese Vorwürfe zurück, indem sie betont, daß nicht Mangel an rechtzeitigen Instruktionen, sondern ausdrückliche Anweisung die Vertreter Deutschlands allerdings mehrfach veranlaßt hätten, eine zurückhaltende Stellung zu beobachten.

Der Herzog von Cumberland und die Ereignisse von 1886. Aus Dresden wird der „Nöln. Zig.“ als verbürgt folgende Thatsache mitgetheilt: „Vor einiger Zeit erhielt ein hiesiger sehr angesehener Pädagog, der Director eines Seminars, den Auftrag, dem Herzog von Cumberland einen Erzieher für seinen ältesten Sohn vorzuschlagen. Der Director reiste nach Omunden und stellte in seiner Unterredung mit dem Herzog natürlich die wichtige Frage, welche Haltung der gewünschte Erzieher zu den Ereignissen von 1866 einnehmen solle. Darauf habe der Herzog den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß seinem Sohne die traurigen Verhältnisse jener Zeit möglichst ferngehalten werden möchten und er ohne Vorurtheil auf gut deutscher Grundlage erzogen werden solle. Aus dieser Wendung darf man gewiß auf die Stimmung des Herzogs und auf seinen Wunsch schließen, daß Prinz Georg Wilhelm dereinst ein deutschen Thron einnehmen möchte. Diese Wendung wird in sonst unterrichteten Kreisen dem Einfluß des sächsischen und des bairischen Hofes zugeschrieben.“

Ungehörige Umgehung des Reichstages.

Recht unschöne Dinge kommen, wie die „Freis. Zig.“ schreibt, in den Bemerkungen des Rechnungshofes zur Reichsrechnung für 1888/89, welche soeben dem Reichstage mitgetheilt sind, in der Postverwaltung des Herrn v. Stephan zur Erscheinung. Bekanntlich hat Herr v. Stephan schon vor einer Reihe von Jahren die Praxis eingeführt, Postbauten auszuführen auf Grund von Mieths-Verträgen, welche dem Bauunternehmer für eine bestimmte Anzahl von Jahren Miethen zulichern, in denen zugleich eine Amortisationsquote enthalten ist. Nach Ablauf dieser Zeit geht alsdann der Bau in das Eigentum des Fiskus über. Der Reichstag hat, als er von diesen Verträgen Kenntniß erhielt, sich ausbedungen, daß ihm alljährlich bei der Etatsberatung über den Abschluß solcher Verträge Mittheilung gemacht wird. Er wollte dadurch in die Lage kommen, solche Verträge, welche unter Umständen eine Umgehung des Geldbewilligungsrechts des Reichstages darstellen können, zu annulliren. Nunmehr hat der Rechnungshof entdeckt, daß außer den auf diese Weise zur Kenntniß des Reichstages gebrachten Bauverträgen auch noch eine Reihe von Bauverträgen über Postämter zweiter und dritter Klasse abgeschlossen worden, welche nicht zur Kenntniß des Reichstages gelangen. Verträge dieser Art werden mit dem Bauunternehmer abgeschlossen, nicht von der Postverwaltung als solcher, sondern von den Postamtsvorstehern als Privatpersonen. Doch ist dies, wie der Rechnungshof hervorhebt, nur von formeller Bedeutung. In Wirklichkeit wird das Bau- und Miethsverfahren von der Postverwaltung selbst geleitet. Diese bestimmt die Ausführung des Baues, nimmt

Sie hielt die Lider zu Boden geschlagen, um die Thränen zu verbergen, die ihr bei den rohen Anspielungen auf die Demüthigungen, die sie im Leben erlitten in die Augen getreten waren. Sie hätte ihm um alles in der Welt nicht sehen lassen mögen, daß er irgend welche Macht über ihre Seele besaß. Sie unterdrückte mit Gewalt das Zittern in ihrer Stimme und antwortete: „Ich habe mir mein Leben nicht selber ausgesucht, und —“

Wieder lächerte er laut auf: „Weiß Gott! Das glaube ich gern! Weber Sie noch ich haben uns unser Loos in diesem Jammerthal gewählt. Es wäre mir auch lieber gewesen, an den Stufen eines Thrones geboren zu werden — so heißt es ja wohl in den Büchern — oder in dem Hause eines Rothschilde als gerade im schmückigen Consultationszimmer meines Vaters; das steht fest! Uebrigens wissen Sie schon, daß mein Vater seine Praxis ausgegeben hat, um sich auf das Land zurückzuziehen? Das ist Ihnen ganz gleichgültig, natürlich! Aber für mich ist das von großer Wichtigkeit. Der gute Mann ist kindisch geworden, es ist aus mit ihm, er ist blödsinnig. Er hat darauf verzichtet müssen, seine Aftanken selber umzubringen und hat sie einem Collegen abgetreten. Das Beste bei der ganzen Sache ist, daß meine Mutter jetzt die Rasse führt; sie rückt eher mit dem Gelde heraus, denn sie ist nicht so knauserig wie der alte Gehzals, und so bin ich nun in der Lage, angenehm von meinen Zinsen leben zu können. Es lag mir viel daran, Ihnen das zu sagen, weil — nun eben, weil mir viel daran lag. Aber Sie sinnen gleich damit an, mir Ihre Anschauungsweise über Ihren besondern Fall zu eröffnen.“

den Bau ab und weist dann den Postvorsteher an, den Vertrag mit dem Unternehmer abzuschließen. Zugleich wird dem Unternehmer auf Verlangen von der Postbehörde die Zusicherung gegeben, daß sie auch bei einem Wechsel im Vorsteheramte den Nachfolger anweisen werde, das Vertragsverhältniß fortzusetzen. Der Postamtsvorsteher seinerseits schließt wieder mit der Postbehörde einen Miethsvertrag ab. Die Miethseinnahme des Postamtsvorstehers aus diesem Vertrage deckt denselben gegenüber dem Bauunternehmer. Die Ausgabe der Post-Verwaltung für Miethen wird dann gebucht wie jede andere Miethen für die nur zeitweilige Ueberlassung eines Postlokals, obwohl es sich in Wahrheit hier um einen Bauvertrag handelt. Darin findet der Rechnungshof eine ungehörige Umgehung des Reichstages, um so ungehöriger, als sich die Ausgaben der Postverwaltung bei diesem Verfahren oft erheblich höher stellen, für die Geringfügigkeit von Räumlichkeiten, als es sonst der Fall sein würde. Auch erlangen auf diese Weise die Postamtsvorsteher Dienstwohnungen, welche im Etat nicht vorgesehen sind, gegen eine sehr mäßige Vergütung.

Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung. Wegen Majestätsbeleidigung wurden im Jahre 1889 637 Personen wegen 750 Handlungen abgeurtheilt und 488 Personen wegen einer oder mehrerer Majestätsbeleidigungen verurtheilt. Die Verurtheilten theilten sich nach der Religion in 280 Evangelische, 200 Katholiken, 2 andere Christen, 3 Juden und 3 Personen unbekannter Religion. Das Jahr 1889 steht absolut und relativ günstiger da, als seine beiden Vorjahre 1888 und 1887 mit 554 und 540 Verurtheilten. Auf 100 000 Strafmündiger der Civilbevölkerung kamen wegen Majestätsbeleidigung Verurtheilte 1887 1,6, 1888 1,7, 1889 1,5. Alle drei Jahre stehen mit der relativen Zahl über dem Durchschnitt des Zeitraums 1882/88, der 1,4 betrug.

Die „Hamburger Nachrichten.“ Fürst Bismarcks Organ, bemerken zu den gestern von uns wiedergegebenen Mittheilungen der „Rhein. Westf. Zig.“ über Aeußerungen des Reichshandlers bezüglich seines Verzichtes auf die Ausübung seines Reichstagsmandats: „Wir halten den Gemährsmann der „Rheinisch-Westf. Zeitung“ in dieser Frage für gut informiert.“

Auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung hat das Reichsgericht neuerdings eine in der „Juristischen Wochenschrift“ mitgetheilte, höchst wichtige Entscheidung gefällt, welche von der bisher durch viele Gerichtshöfe zur Geltung gebrachten Auffassung abweicht. Nach den Bestimmungen in § 8 des Vereinsgesetzes unterliegen Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, namentlich auch der Beschränkung, daß sie nicht mit Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten dürfen, insbesondere nicht durch Ausschüße, Comités, Centralorgane oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel, Vorsteher, Ordner und Leiter der Vereine, welche jener Bestimmung entgegenhandeln, sind strafbar. Von dem Reichsgericht ist in jener Entscheidung ausgeführt worden: Für die Begriffsbestimmung „politische Gegenstände“ im Sinne des Vereinsgesetzes handelt es sich nicht darum, durch irgend welche Combinationen zu ermitteln, ob der fragliche Gegenstand nicht unter irgend welchen Umständen und Bedingungen in die Interessen und Aufgaben des Staates hinüber greifen kann, sondern ausschließlich darum, ob der fragliche Gegenstand als solcher unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung berührt, seine Organe und Functionen in Bewegung setzt und solcher Art als ein politischer

haltung schon viel zu lange gedauert hat. Wollen Sie mich also jetzt verlassen, ich bitte darum.“

„Nicht doch, nicht doch! Die Gelegenheit, Sie zu sehen, reizende Lilli, bietet sich mir viel zu selten und ist viel zu kostbar, als daß ich solch einen Glückszufall nicht bis zu Ende ausnützen sollte. Der Tag geht zur Neige, wenige Augenblicke noch, und die Nacht bricht herein. . . Sie sind sehr weit von Ihrem Hause entfernt, gestatten Sie mir, Sie darauf aufmerksam zu machen. Sie befinden sich in einem verrufenen Viertel. . . wenn ich es nämlich wagen darf, eine Dame, die für ihren guten Ruf so ängstlich besorgt ist, an diesen Nebenamtsstand zu erinnern. In der Eile, mir zu entziehen, sind Sie vorher nach rechts gegangen, Sie hätten aber links gehen müssen. Ha, ha! Dieses Mal hat Ihr Verstand sich ein wenig geirrt, ha! ha! ha!“

Er triumphirte angesichts des Schreckens und der Bestürzung Lillis.

Dieser kleine Irrthum, über den ich mich durchaus nicht beklage, macht es mir zur Pflicht, Ihnen meinen Schutz noch eine Zeit lang angedeihen zu lassen. Kann ich Ihnen vielleicht höchlichst meinen Arm anbieten?“

Er machte eine Bewegung, Lillis Hand zu ergreifen, doch stieß sie ihn so heftig zurück, daß er beinahe das Gleichgewicht verloren und gefallen wäre.

„Alle Teufel! das nenne ich Kraft!“ rief er lachend aus. „Es fehlte nicht viel, so wäre ich in den Rinnstein gerollt. Ihr Anstandsgefühl scheint mir manchmal etwas fallüchtiger Natur zu sein, mein schönes Fräulein! Nehmen wir aber an, ich heiße v. Esparvis oder v. Escarbagnas, oder so in der Art, so wären Sie schmiegsam wie Handschuhleder und gewiß sehr weich und zärllich von Charakter, um dann, wenn das Unglück da ist, verlassen zu werden und einfach sitzen zu bleiben.“

(Fortsetzung folgt.)

Mädchenliebe. (Nachdruck verboten.)

Von P. Caro.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen von A. Die unverschämte Zudringlichkeit Arsene Cassagnes, über welche sie sich bei ihrer Freundin beklagt, war nur zu offenbar, und ihr endlich wirklich zur Qual geworden; nur mit Mühe hatte sie ihn bis jetzt fernzuhalten gewußt. Eines Tages, als sie durch eine enge Gasse ging, die ziemlich weit von ihrer Wohnung entfernt lag, sah sie ihn plötzlich vor sich stehen. Wo kam er her? sie konnte es sich nicht erklären. Einen Augenblick vorher hatte sie niemand auf der langen, geraden Straße gesehen. Ein instinctives Gefühl ließ sie quer über die Straße nach der anderen Seite hinübergehen, und so mit geneigtem Antlitze, das die Falten des Schleiers verhüllten, beschleunigte sie ihre Schritte in der Hoffnung, nicht erkannt zu werden. Aber er hatte sie gesehen und folgte ihr dicht auf den Fersen.

„Sie haben wohl den Entschluß gefaßt, vor mir zu fliehen, Fräulein Lilli?“ sagte er nach klüglchem Gruf. „Ich sollte doch meinen, daß ein alter Freund, der das Glück gehabt, Ihnen vor kurzem einen kleinen Dienst zu erweisen, wohl das Recht hätte, auf einen besseren Empfang zu zählen. Ich bin wohl zehn Mal bei Ihnen gewesen, ohne ein einziges Mal vorgelassen zu werden.“

In äußerster Verwirrung erwiderte Lilli: „Ich bitte Sie, mich zu entschuldigen, Herr Cassagne; da ich allein siehe, ohne Familie, ohne Schutz, so ist es mir unmöglich, junge Herren bei mir zu empfangen. Ich denke, das müßten Sie einsehen.“

Er warf ihr aus feinen kleinen, blitzelnden Augen einen unsicheren, spöttischen Blick zu. „Warum können Sie denn nicht empfangen, wenn Sie wollen, Fräulein Lilli? Ich möchte wissen, wer Sie daran hindert?“

berechnet werden darf. Verbindungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, Verbände, welche auf Organisation eines Arbeiterverbandes berechnen sind, gehören dem Privatrecht an und nicht der Politik; sie sind daher nicht ohne weiteres den Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes unterworfen. Mit der entgegenstehenden Annahme würde die in der Gewerbeordnung gewährleistete gewerbliche Coalitionsfreiheit nicht verträglich sein.

* [Eine süddeutsche Stimme über die Majestätsbeleidigungsprozedur.] Die rechtsnationalistische Münchner „Allg. Ztg.“ schreibt: „Dieses läßt sich nur andeuten, aber wir glauben, daß die Gesamtheit der deutschen Fürsten ein Interesse daran hat, die Krone des Reiches und Preußens, die erste Vertreterin des monarchischen Princips in Deutschland, dem Tagesstreit und den Parteien entrückt zu sehen. Die eingeleiteten Prozeduren könnten zu Verhandlungen führen, die in hohem Grade unerquicklich sein müßten, weil es sich nicht um unabweisbare, zu Tage liegende Beleidigungen, sondern um einen künstlichen Nachweis solcher handelt. Es wäre kein Gewinn für das monarchische Princip, wenn diese Prozedur mit einer Verurteilung endeten, es wäre ein schwerer Nachteil, wenn sie in sich häufenden Fällen zu einer Freisprechung führten. Das preussische Ministerium steht da vor einer großen und folgenschweren Verantwortlichkeit.“

* [Die Frage der inneren Besiedelung.] Hat auch den deutschen Landwirtschaftsrath beschäftigt. Prof. Dr. Sering (Berlin) theilte mit, daß von 1885 bis 1890 840 000 Landbewohner ihre Heimath verlassen haben. Davon entfielen 30 000 auf Mitteldeutschland, 150 000 auf Süddeutschland und 600 000 entfielen auf den Osten Deutschlands; letztere Zahl bezieht sich auf die Gesamtbevölkerung. Von diesen 840 000 Personen seien 500 000 nach Berlin, Hamburg und den verschiedenen Industriezentren gegangen, der übrige Theil sei jedoch nach Amerika u. s. w. ausgewandert. Dieser Umstand bewirke es, daß während die großen Städte und Industriezentren an Ueberbevölkerung leiden, es auf dem Lande, ganz besonders aber im Osten unseres Vaterlandes an Arbeitern mangle. Vielfach könne heute schon nicht das Getreide rechtzeitig eingebracht werden. Die dünne Bevölkerung im Osten verhalte es aber auch, daß die Landwirtschaft im Osten Deutschlands in der Hauptsache auf die Ausfuhr angewiesen sei. Die große Auswanderung der Landbewohner schädige aber nicht bloß die Landwirtschaft, sondern das gesammte Vaterland. Daß die Armee ihren Hauptnachwuchs aus den Landbewohnern erhalte, könne man bei allen Ersatzgeschäften beobachten. Aber auch Kunst, Wissenschaft, Technik und Handel in den großen Städten können auf die Dauer nicht hin und wieder frisches Blut aus den Landbewohnern zugeführt werde. Das großstädtische Leben bringe eine derartige Entwertung und Verschärfung mit sich, daß eine gewisse Belebung durch die Bewohner des platten Landes von Zeit zu Zeit geboten erscheine. Es sei deshalb dringend erforderlich, den jährlich größer werdenden Auswanderungsstrom einzubämmen. Dies könne aber am besten durch eine systematische innere Colonisation geschehen. Es müsse der Versuch gemacht werden, die ländliche Arbeiterbevölkerung fähig zu machen, dies wäre das geeignetste Mittel, den sozialen Gefahren zu begegnen und der Landwirtschaft ganz besonders im Osten Deutschlands wieder aufzuhelfen. Eine derartige Geschäftsmachung würde aber auch dem Gesamt Vaterlande zu gute kommen. Er erwarte folgender Entscheidung zuzustimmen: „Der deutsche Landwirtschaftsrath erkläre: Eine selbstbewußte Bevölkerungspolitik ist für große Landbestände — zumal des Ostens — dringend geboten. Es empfiehlt sich die Geschäftsmachung der breiten Schichten der Bevölkerung durch energische Förderung der inneren Colonisation. Anzustreben ist besonders die Bildung von selbständigen Landgemeinden mit gemäßigter Landvertheilung.“ Diese Entscheidung fand Annahme.

* [Die Petitionen für das Schulgesetz gemacht werden.] erzählt ein Abonnent der „Preuß. Lehrerzeit.“ wie folgt aus Pommeren:

„Unser Pastor hat einigen (4) Lehrern der Pfarodie ein solches Formular mit dem Ersuchen zugesandt, es zu unterschreiben und in der Gemeinde noch mehr Unterschriften zu sammeln. Zum Glück haben die betreffenden Kollegen beides nicht gethan. Anders ist es jedoch in der Nachbargemeinde geschehen. Der dortige Pastor (auch Kreis-Inspektor) hat sämmtlichen Lehrern ein gleiches Formular übergeben, und alle, mit Ausnahme von zwei, haben es unterschrieben. Inwiefern sie auch zu den Bauern und Tagelöhnern gegangen sind, konnte ich bis jetzt nicht in Erfahrung bringen, nur so viel ist mir aus sicherer Quelle mitgetheilt worden, daß ein alter Lehrer herumgegangen ist und gesagt hat: Man will uns den evangelischen Glauben rauben; wir sollen katholisch werden (!), worauf hin alle Bauern unterschrieben haben. So man das sieht am grünen Holz, was will vom düren werden? Kürzlich wurde mir von einem Kollegen erzählt, daß der Pastor die Landleuten in der Umgegend auch mit Petitionen für das Gesetz bedacht habe, daß aber keiner auf den Ceim gegangen sei.“

Geesfemünde, 9. März. [Deutsche Hochseefischer.] 32 Fischdampfer haben im letzten Jahre allein von Geesfemünde aus 954 Reisen gemacht. Nach jetzt veröffentlichten statistischen Mittheilungen hatten sie einen sehr beträchtlichen Fang aufzuweisen. Denn in den Geesfemünder Fischversteigerungshallen wurden in dem Jahre 1891 14 056 106 1/2 Pfund Seefische und Schalthiere verkauft, die einen Gesamtpreis von 1 572 123 Mk. 89 Pf. lieferten. Die Summe vertheilt sich auf die einzelnen Fischarten wie folgt: Schellfische mit 826 000 Mk., Cabellau mit 196 000 Mk., Schollen mit 188 000 Mk., Steinbutten mit 131 000 Mk., Seezungen mit 61 000 Mk., Seeheute mit 45 000 Mark, Rochen mit 27 000 Mk. und Störe mit 23 000 Mk. Gegen diese Summe stehen die Verkäufe in den Altonaer und Hamburger Fischhallen etwas zurück. Die Altonaer Fischverkäufe ergaben die Gesamtsumme von 1 236 322,54 Mk., wobei noch in Betracht kommt, daß von dieser Summe 352 600 Mk. auf die aus Schandinavien in Eis eingefangenen Fische und die vom Inlande eingefangenen 34 000 Mark abzurechnen sind. In Hamburg ergab der öffentliche Fischverkauf 524 257,20 Mk. In den beiden letzten Städten ist das Fischereigewerbe noch nicht alt, in Altona wurden noch 1887 nur für 72 062 Mk. und in Hamburg 1887 für 49 669 Mk. verkauft.

* In Braunschweig hatte ein konservativer Verein an das herzogliche Staatsministerium das sonderbare Ersuchen gerichtet, an allen Sonntagen und Feiertagen möge der Pferdebahn-Betrieb bis Mittags 12 Uhr gänzlich unterbunden werden. Das Ministerium hat die Petition ablehnend beantwortet.

Mainz, 9. März. Der hiesige national-liberale Verein hat die gleichen Vereine in Frankfurt, Mannheim, Heidelberg, Darmstadt, Wiesbaden und Worms auf nächsten Montag zu einer Protest-Versammlung gegen den preussischen Volksschulgesetzentwurf hierher eingeladen. Das Referat hat Herr Professor Lehmann-Marburg übernommen.

Röm, 10. März. Der „Römischen Volksztg.“ zufolge finden am 13. d. Mts. im Kuhrevidier große Versammlungen der Bergleute zwecks

Erörterung der gegenwärtigen Lage statt. Die Führer hätten beschlossen, für die bevorstehenden Annapfchaftswahlen eine umfassende Agitation ins Werk zu setzen.

* In Mühltal (Thür.) wurde in einer öffentlichen Wählerversammlung, zu welcher alle Parteien eingeladen und erschienen waren, nach einer längeren Discussion, an welcher sich u. a. auch zwei evangelische Geistliche beteiligten und gegen die Volksschulgesetzvorlage sprachen, eine Resolution faßt einstimmig (gegen 2 Stimmen der Socialdemokraten) angenommen. Der Wortlaut derselben war, der „Post“ zufolge, den Vorständen der konservativen, national-liberalen und freisinnigen Partei einige Tage vorher bekannt gegeben und gutgeheißen:

„Die heute versammelten Wähler der Stadt und Umgegend von Mühltal in Th. erklären, daß sie in dem neuen Volksschulgesetz-Entwurfe, welcher jezt dem preussischen Landtage zur Berathung vorliegt, eine schwere Gefahr für die zeitgemäße Entwicklung unseres Volksschulwesens und für die gesammte Volkshildung erkennen. Die Annahme dieses Gesetzesentwurfes würde eine Auslieferung der Volksschule an die Kirche zur Folge haben.“

„Die Versammlung erwartet deshalb, daß die preussische Volksvertretung dieses bildungsfeindliche, jeden Fortschritt in der Geistesentwicklung des Volkes hemmende Gesetz ablehnen werde, und spricht allen Volkvertretern im Abgeordnetenhaus, welche sich gegen diesen Gesetzesentwurf mit Entschiedenheit ausgesprochen haben, die volle Zustimmung zu ihrer abgelehnten Haltung aus.“

Die Resolution ist dem Abg. Fehrn. v. Jeditz mit dem Ersuchen übersandt worden, in dem Widerstand gegen die Vorlage zu verharren.

Darmstadt, 10. März. Trozdem heute eine geringe Besserung im Befinden des Großherzogs eingetreten ist, ist die Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens gering. Die Prinzessinnen Victoria, Irene und Alix weichen kaum einen Augenblick vom Schmerzenslager ihres Vaters. Die eigentliche Pflege besorgt Miß Orsard, die langjährige Erzieherin der großherzoglichen Kinder, sowie der Leibjäger und Kammerdiener des Großherzogs. Der Erbprinzherzog brach, als er aus Nizza eintraf, in Thränen beim Anblick seines Vaters aus. Die Prinzen Wilhelm und Heinrich, die Brüder des Großherzogs, treffen täglich früh im Schloß ein, das sie erst Abends wieder verlassen.

England.

London, 10. März. [Unterhaus.] Der Präsident des Handelsamtes Hicks-Beach erklärte auf eine Anfrage, die Regierung lege die Verträge mit Belgien und Deutschland dahin aus, daß die Vortheile, die England aus dem Vertragsverhältnis als meistbegünstigte Nation ziehe, sich auf alle britischen Colonien und Besitzungen erstrecken und daß die reducirten Tarife und Transfererleichterungen, die jüngst von Belgien und Deutschland zugestanden wurden, auf Grund der Verträge jener beiden Länder mit England auf den britischen Colonien und Besitzungen zu Gute kommen. Eine Zeitungsnachricht habe jüngst gemeldet, daß die deutsche Regierung dieser Ansicht entsprechend verfare, die englische Regierung habe jedoch keine officiële Information über diesen Punkt.

Montenegro.

Cettinje, 10. März. Der Generalgouverneur Abdul Kerim Pascha ist heute von dem Fürsten officiël empfangen worden und erhielt den Großcordon des Danilo-Ordens. Abends findet zu Ehren des Generalgouverneurs ein großes Diner statt.

Rußland.

Charkow, 10. März. Der Flecktyphus hat hier eine so erschreckliche Ausdehnung angenommen, daß zur erfolgreicher Bekämpfung der Epidemie die ganze Stadt in Riviere eingetheilt worden ist, an deren Spitze ärztliche Collegien stehen. Zahlreiche Sterbefälle sind bereits erfolgt.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. März. Das Unwohlsein des Kaisers hat sich wesentlich gebessert, der Kaiser befindet sich heute außer Bett, ist aber noch das Zimmer zu hüten genöthigt.

Berlin, 11. März. Die Schulcommission nahm in ihrer heutigen Sitzung die §§ 61, 62, 63 mit den Abänderungsanträgen Enneccerus und Richert an. Ueber die §§ 64 und 64a, wie ihn die drei Parteien der Minorität beantragen, fand eine längere lebhafte Debatte statt. Die Anträge der Minorität betreffend die sachmännische Kreis-Inspection, zu denen ein Unterantrag Richert gestellt war, welcher seminaristisch oder akademisch vorgebildete Schulmänner zu Kreis-Inspectionen haben will, wurden gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Centrumsmittglieder erklärten, die katholische Kirche könne und werde nie auf den Einfluß auf die Schule verzichten.

Die Budgetcommission lehnte den Antrag Richert und alle anderen Anträge (Dürre, Aropatschek und Aorsh) ab. Der Finanzminister empfahl, für dieses Jahr aus praktischen Gründen es so zu belassen. Die Regierung erkenne die Verpflichtung voll an, den Normaletat inne zu halten. Im nächsten Jahre würden die einzelnen Beträge bei den Specialtiteln zum Ausdruck kommen.

Die Unterrichts-Commission überwies heute einstimmig die Petition der Frau Schulrath Cauer und vieler deutscher Frauen betreffend die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium der Staatsregierung zur Erwägung; früher beschloß man den Uebergang zur Tagesordnung oder lehnte überhaupt die Erörterung ab. Der heutige Beschluß bedeutet also einen kleinen Fortschritt. Die Forderung betreffend die Errichtung von Mädchengymnasien wurde abgelehnt.

Berlin, 11. März. Nach der „Post“ ist der Ausgangspunkt der Verhandlungen über den Delfensfonds ein Brief des Herzogs von Cumberland, geschrieben vor längerer Zeit an den Kaiser, in welchem er erklärte, daß er nie Feindseligkeiten gegen Preußen und Deutschland unternommen habe oder unternehmen werde. Bei den Verhandlungen sei der Einfluß des

Ministers Miquel von erheblichem Gewicht gewesen. Der Abschluß der Verträge sei in der nächsten Woche zu erwarten.

Nach der „Boschischen Zeitung“ rühren 100 000 Mk. Entschädigung für die Hinterbliebenen der Künzelschen Expedition vom Kaiser her. Fürst Hohenlohe-Langenburg sei nur die Mittelsperson gewesen.

Die „Allgemeine Reichsrespondenz“ schreibt: „In Abgeordnetenkreisen spricht man von einem bevorstehenden Wechsel im landwirtschaftlichen Ministerium. Als künftiger Minister wird ein schlesischer Grundbesitzer genannt, der sich bisher besonderer Gunst an höchster Stelle erfreute, und der momentan ein Amt in der Provinzialverwaltung in Breslau inne hat.“

In der heutigen Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrathes wurden Anträge angenommen betreffend die Einführung von einheitlichen Lieferungs- und Qualitäts-Anforderungen an allen deutschen Productenbörsen, die Anwendung von neuen Getreideprobern zur Festsetzung des Qualitätsgewichtes sowie den Erlass obrigkeitlicher Vorschriften für die einheitliche Feststellung des Schlachtgewichtes auf allen öffentlichen Schlachtviehhöfen Deutschlands.

Dem Herrenhause ist der Gesetzesentwurf über die Rechtsverhältnisse der Nebenbahnen zugegangen.

Berlin, 11. März. Im Aprilheft der „Deutschen Revue“ wird der Briefwechsel der Führer der national-liberalen Partei Bennigen, Casper, Miquel u. s. w. im Jahre 1870/71 mit den Ministern Mittnacht, Holder, Delbrück, dem Präsidenten Simson u. a. aus dem Nachlasse Caspers erscheinen.

Eine große Versammlung der arbeitslosen Arbeiter Berlins soll laut Säulenschlag am Sonnabend Vormittag auf der Brauerei Tivoli stattfinden. Einberufen ist dieselbe von dem Ausschuß des Bauarbeiterscartells. Die Tagesordnung lautet: „Die letzten Krawalle und deren Ursachen.“

Darmstadt, 11. März. In dem Befinden des Großherzogs ist seit heute Morgen eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten.

Wien, 11. März. Die Blätter berichten über die schreckliche Zunahme der Hungersnoth unter der Landbevölkerung Osgaliens. Im Bezirke Janowor kommen bereits Fälle von Hungertod vor, überdies herrschen Typhus und Blattern.

Paris, 11. März. Der Senat schloß die Debatte über die Universitäts-Vorlage fort. Der Unterrichtsminister trat für die Vorlage ein und bezieht sich auf das Beispiel der fremden, namentlich der deutschen Universitäten, welche letzteren zur Gründung der deutschen Einheit beigetragen hätten.

London, 11. März. Das Unterhaus nahm mit 154 gegen 149 Stimmen den von der Regierung bekämpften Antrag Mac Neills an, daß in der Abstimmung über die Nombasbahnen am vorigen Freitag die Stimmen der Mitglieder des Unterhauses Pellu, Puellston und Burdett Coultis nicht zugelassen seien, weil sie als Directoren der Afrikacompanie bei dem Unternehmen intereffirt seien.

London, 11. März. Das Criminalgericht von Oldbail verurtheilte das Unterhausmitglied Hastings wegen Unterschlagung von Geldern zu fünfjähriger Zwangsarbeit.

London, 11. März. Lord Roseberry beschloß bis zur Bornahme der Wahl eines Präsidenten des Londoner Craft-Rathes als Vorsitzender zu fungieren.

Die Arbeitseinstellung der Durham Bergleute wird nunmehr als thatsächlich angesehen; dieselben haben bereits alle Vorbereitungen getroffen, um den Strike morgen zu beginnen.

Rom, 11. März. „Popolo Romano“ erklärt das Gerücht, der König habe bereits das Decret betreffend die Ernennung eines Boten-schafters in Berlin unterschrieben, für verfrüht.

Die „Opinione“ erklärt das Gerücht, das Königspaar wolle mit dem Geschwader des Herzogs von Genua nach England segeln und um die zweite Tochter des Herzogs von Edinburgh für den Prinzen von Neapel werben, für grundlos.

Brüssel, 11. März. In Anderlüs hat eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden, durch welche das Ceil des Fahrstuhls vernichtet und der Ventilator gebrochen wurde. 270 Arbeiter waren im Bergwerk, gegen 40 waren durch Schacht 2 wieder ausgefahren; 16 Verwundete wurden in entsetzlichem, hoffnungslosen Zustande herausgeschafft. Man befürchtet, die Zahl der Opfer werde über 200 betragen.

Konstantinopel, 11. März. Christo, ein Bulgare niederer Herkunft aus Macedonien, der außer Schindarow jüngst unter dem Verdacht verhaftet wurde, an der Ermordung des Dr. Wulskowitsch beteiligt zu sein, legte ein volles Geständniß ab, welches folgerichtig zeigt, daß Rußland dem Verbrechen Vorstoß geleistet hat. Nach den Angaben Christo kam ein gewisser Wladimir Schischmanow, ein Bulgare, in Diensten der kaiserl. russischen Post hierher und thätiger Correspondent des Odeßer Comités der bulgarischen Mißvergünsteten, begleitet von Zusekischew, einem der Mörder Belschews, zu ihm und sagte, das Odeßer Comité hätte den Tod des Dr. Wulskowitsch decretirt und fragte ihn, ob er Vollstrecker dieses Decrets sein wolle. Christo sagt, er hätte sich geweigert, aber versprochen, einen Stellvertreter zu finden. Er wendete sich an einen Freund Namens Georg Merdjjan, der sich ebenfalls weigerte, den Mord zu ver-

üben, aber sich durch 4 türkische Cires beflechten ließ, Schwelgen zu beobachten. Da Christo keinen Mann stellen konnte, übernahmen Schischmanow und Zusekischew schließlich selber die Aufgabe mit dem Ergebnisse, daß zwei Auflagen, die Christo unbekannt sind, den Auftrag annahmen und den Mord ausführten. In Folge der Enthüllungen Christo wurde Schischmanow am Freitag verhaftet, aber Tags darauf kraft eines speciellen kaiserlichen Trades, der unzweifelhaft durch die thätigen Bemühungen der russischen Botschaft im Palaß erwirkt worden, freigelassen.

Petersburg, 11. März. Oberst Wendrich rügte in einer Circulardepeche an die Bahnverwaltung die Nachlässigkeit des Locomotivpersonals. Eine Ausnahme bildeten nur die Südwestbahnen, deren bezügliche Vorschriften empfohlen werden. Die Vollmachten für Wendrich sind nunmehr aufgehoben, derselbe giebt sich auf seinen früheren Posten zurück, ist aber dem Verkehrsminister unterstellt.

Washington, 11. März. Dem Märzbericht des Ackerbaubüreaus zufolge beträgt der Weizen im Besitz von Landwirthen 171 Millionen Scheffel und zwar über ein Viertel der Gesammternte. Der Gesammtertrag von Mais in den Händen der Landwirthen wird auf 860 Millionen Scheffel und zwar auf 42 Proc. der Ernte geschätzt.

Danzig, 12. März.

* [Theologische Prüfungen.] In den gestern Abend beendeten theologischen Prüfungen haben das zweite Examen die Candidaten Arnold, Collin, Fröbel, Auhn, Lange, Raube und Pauli, das erste Examen die Candidaten Salom, Höppler, Katter, Rich, Schmidt, Sorka, Urbshat und Warmbier bestanden.

* [Schwurgericht.] Gestern Nachmittag stand der schon mehrfach vorbestrafte Schneidergeselle Martin Abomeit von hier wegen räuberischen Diebstahls vor den Geschworenen. Der Angeklagte arbeitete im December v. J. bei dem Schneidemeister Wenzel und gerieth mit ihm in Lohndifferenzen, weil sein Meister ihm Abzüge wegen seiner schlechten Arbeit gemacht hatte. Am Abend des 21. December erschien er in der Wohnung seiner Arbeitgebers, in welcher sich nur die Frau Wenzel befand, packte sein Arbeitszeug ein und nahm als Pfand für seine anderweite Forderung eine Hofe mit, welche dem Schneidemeister zur Reparatur übergeben worden war. Frau Wenzel versuchte zwar, sich der Wegnahme der Hofe zu widersetzen, wurde jedoch von dem Angeklagten bei Seite gestosfen. Am nächsten Tage versetzte Abomeit die Hofe für 2 Mk. Die Geschworenen erklärten den Angeklagten der Missethätigkeit und Unterschlagung schuldig und bewilligten ihm mildernde Umstände, worauf er zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde.

* Joppot, 11. März. Der hiesige Gewerbeverein, der seit seinem mehrmonatigen Bestehen für unsere Ort gute Fortschritte macht, beschloß in der letzten Versammlung, zu den wissenschaftlichen und populären Vorträgen auch Damen einzuladen. An Stelle des auscheidenden stellvertretenden Vorsitzenden Hrn. Director Fuchs übernahm Hr. Dr. Cindemann nach einstimmiger Wahl dieses Amt. Der Verein, dessen Mitgliederzahl ca. 80 beträgt, hält monatlich eine Versammlung ab.

Röslin, 10. März. Die „Rösl. Ztg.“ schreibt: Die Einkommensteuer-Veranlagungs-Commission für den diesseitigen Kreis hat gestern die diesjährige Einschätzung für den Stadtbereich beendet. Danach ergibt die Einschätzung für Röslin ein Mehr von etwa 1/3 des bisherigen Erhebungsbetrages. Letzterer betrug bis jezt ca. 69 000 Mk., so daß in Zukunft hier rund 90 000 Mk. Staatssteuer einkommen werden. Man hofft in Folge dessen auf eine Ermäßigung der Communalsteuer von 225 auf 175 Proc. der Staatssteuer.

Rönigsberg, 11. März. (Tel.) Der Provinziallandtag wurde heute Nachmittags um 1 Uhr von dem Oberpräsidenten eröffnet. Die Eröffnungsrede erinnerte an den Tod des Oberpräsidenten v. Schliekmann und die Anwesenheit des Kaisers bei der Enthüllung des Albrechtendenkmal, erwähnte die Gelbbewilligung für die diesjährige Wanderausstellung der landwirtschaftlichen Gesellschaft in Königsberg sowie die Vermehrung des Beamten-Personals wegen der Arbeiterversicherungs-gesetze, und hofft, der Segen der letzteren werde trotz der Schwierigkeiten bald vor jedermann Augen liegen.

Insterburg, 11. März. (Privattelegramm.) Zum ersten Bürgermeister unserer Stadt wurde heute Dr. Kirchhoff (bisheriger zweiter Bürgermeister in Duisburg) mit 21 Stimmen von 29 abgegebenen Stimmen gewählt.

Aus Cittaunen, 10. März. In diesen Tagen ist eine Petition mit 19 537 Unterschriften an den Cultusminister abgegeben, in welcher die Petenten um eine weitgehende Berücksichtigung ihrer litauischen Muttersprache beim Schulunterricht bitten. Die litauische Sprache kommt auch jezt in der Schule vielfach zur Anwendung. Die Kinder erhalten in den ersten Schuljahren litauischen Religionsunterricht; in den anderen Fächern werden sie allerdings deutsch unterrichtet, wobei jedoch selbstverständlich die Muttersprache zur Vermittelung des Verständnisses herangezogen wird. Auf den folgenden Stufen tritt auch beim Religionsunterricht die deutsche Sprache ein, jedoch wird der Memorirfloß auch litauisch geübt, wie die Muttersprache überhaupt immer wieder zur Geltung kommt, so weil es das Verständnis des religiösen Stoffes erfordert. Bei thätiger Handhabung des Schulunterrichts werden die Kinder überhaupt so weit gefördert, daß sie in beiden Sprachen, deutsch wie litauisch, auf Fragen aus dem religiösen Gebiete ausreichende Auskunft geben können. So ist also durch die bisherige Praxis die Erziehung zur Religiosität durchaus nicht zu kurz gekommen. Die heranwachsende Jugend nimmt aus der Schule die Befähigung mit, an dem Gottesdienste nach eigener Wahl, litauisch wie deutsch, Theil nehmen zu können. Was nun die übrigen Unterrichtsgegenstände betrifft, so ist es klar, daß hier erst durch den Eingang der deutschen Sprache in die Schule die Kinder mit den Kenntnissen und Fertigkeiten ausgerüstet werden können, welche das praktische Leben von ihnen erfordert. Das steht die große Mehrzahl der Cittauner auch ein; dieser Ansicht vertheilt sich besonders solche Leute nicht, welche Gelegenheit haben, ihren Geschichtskreis zu erweitern. Sie wissen sehr wohl, daß man mit der litauischen Sprache kaum über die Grenzen des Dorfes kommt. Man hat darum sich in die Germanisirung, wenn anfangs auch mit einigem Widerstreben, hineingefunden.

Landwirtschaftliches.

D. Berlin, 10. März. Am 4. und 5. Mai findet die diesjährige 18. Mastvieh-Ausstellung auf dem Central-Diehof der Stadt Berlin statt, mit der wieder eine Schau von Juochböcken und Ebern, sowie eine Ausstellung von Maschinen, Geräthen und Producten für Viehhaltung, Molckerei und das Schlächtergewerbe verbunden sein

